

Vorwort und Dank

Dr. Holger Schindler

Landesvorsitzender BUND Rheinland-Pfalz

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude, diese bundesweite Fachtagung eröffnen zu können!

Freudiger Anlass für uns hier in Rheinland-Pfalz diese Tagung auszurichten, war die Tatsache der **30-jährigen Wiederkehr der Veröffentlichung unseres BUND-Waldprogramms von 1986**. Das BUND-Waldprogramm wurde damals von einer interdisziplinär zusammengesetzten Gruppe von Biologen, Förstern, Spezialisten, Praktikern und Generalisten erarbeitet. Hier möchte ich stellvertretend Karl Müller danken, der damals das BUND-Waldprogramm mit Wolfgang Staab mitentwickelt hat und seitdem unermüdlich für den Naturschutz im Wald aktiv ist. Es wurde damals an alle Forstleute im Land verschickt, was viele davon veranlasste, spontan in den BUND einzutreten. Viele Punkte des umfangreichen Waldprogramms fanden sich fünf Jahre später in der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung wieder. Sicher haben dafür noch andere Faktoren wie der Orkan „Wiebke“ und Gespräche auf ministerieller Ebene eine Rolle gespielt. Damit wurde über die Politik die „naturnahe Forstwirtschaft“ in Rheinland-Pfalz eingeführt. Die nunmehr über **25 Jahre naturnahe Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz** gaben Impulse für die bundesweite Forstwirtschaft. Den Blick aus der Sicht des Naturschutzes auf die Bundesebene überlasse ich unserem BUND-Bundesvorsitzenden Hubert Weiger als Fachmann.

Im Gegensatz zur Landwirtschaft wurden in der Forstwirtschaft wichtige Fortschritte in der Berücksichtigung des Arten- und Biotopschutzes im Wald erreicht. In unserem Bundesland gab es viele positive Entwicklungen wie z.B. die Abkehr von der Kahlschlagswirtschaft. Durch das Kahlschlagsverbot hat der Wald sein Gesicht radikal verändert. Die geometrische Fragmentierung der bewaldeten Mittelgebirgslagen ist einer wohltuenden natürlichen Geschlossenheit der Waldflächen gewichen. Die Mobilisierung von Stickstoff und deren Folgewirkungen für die Waldböden wurden gestoppt.

Damals wurden ein großer Teil unserer damaligen Forderungen umgesetzt. Auch wenn die Strukturen des Dauerwalds noch nicht flächig vorhanden sind, hat sich viel weiterentwickelt wie:

10% Nutzungsverzicht sind nach den Vorgaben der nationalen Biodiversitäts-Strategie fast umgesetzt, FSC ist als Label im gesamten Staatswald etabliert, wichtige Forderungen des BUND also erfüllt. Die Umsetzung der Vereinbarung zum Auwaldschutz ist ein wegweisender Vorgang in der Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Forstwirtschaft. Hier werden fast 1.000 ha Auenwälder vor dem Rheinhauptdeich, also da, wo das natürliche Rest-Wasserregime des Rheins noch vorhanden ist, sukzessive aus der Nutzung genommen. Sie stehen wirtschaftlich nicht an vorderster Stelle, was natürlich ein nicht unwesentliches Argument war.

Das Biotop-, Alt- und Totholzkonzept von Landesforsten kombiniert die Ansprüche der Biodiversität mit der Arbeitssicherheit. Damit sollen gesetzliche Ansprüche an den Artenschutz im Wald umgesetzt werden.

Wir wären aber nicht der BUND, wenn wir nicht noch etliche Defizite erkennen würden.

Als Defizit sehen wir zuerst einmal die Ausdünnung des Forstpersonals an der forstlichen Basis und die Rationalisierung der Prozesse, was zu Problemen vor Ort führt, z. B. werden Kleinbiotope bei der Ernte zuweilen nicht als solche erkannt. Wer soll die fachlichen Entscheidungen zur Umsetzung naturnaher Forstwirtschaft treffen, wenn die dafür speziell ausgebildeten Fachleute inzwischen so große Flächen bewirtschaften müssen, dass ihre Qualifikation aufgrund der Überlastung in anderen Steuerungsfeldern nicht mehr zum Tragen kommen kann? Wir haben auch Sorge, wenn das Auszeichnen von Beständen von dafür nicht ausgebildetem Personal ausgeführt wird.

Weiterhin sehen wir noch immer eine mangelnde Strukturvielfalt in unseren Wäldern mit wenig Alt- und Totholz, wenig Waldränder, kaum Unterwuchs, kaum mehrstufige Bestände und hochwertige Strukturen. Wo sind die Strukturen des Dauerwaldes (horizontale und vertikale) nach 25 Jahren naturnaher Waldwirtschaft? Inzwischen müssten mehr als ein Drittel der Waldfläche plenterartige Strukturen aufweisen. Stattdessen ist das Handeln vor Ort nicht selten noch durch Strukturen des Altersklassenwaldes bestimmt, wo flächig gearbeitet wird (Schirmschlag – Naturverjüngung – Abräumen darüber => Altersklassenwald). Dabei könnten natürliche Prozesse stärker genutzt, damit Wertschöpfung betrieben und somit gerade die ökonomische Leistungsfähigkeit des Forstbetriebes gestärkt werden.

Für uns Naturschützer ist ein genügend großer Anteil Altholz im Bestand wichtig, welches mit zunehmendem Alter die Strukturen für alt- und totholzbewohnende Arten aufweist, die bis heute in den Wirtschaftswäldern weitgehend fehlen (Urwaldreliktarten sind sehr immobil).

Gerade vor diesem Hintergrund wird die Nutzungsintensivierung der letzten 15 Jahre im Naturschutz kritisch diskutiert. Seitdem werden die Prozesse im Wald immer stärker von Finanzen bestimmt: wenn ein teurer Holzvollernter im Einsatz ist, wird auf dessen Finanzierung dann auch mal mehr Rücksicht genommen als auf den Waldboden. Oder wenn es Zusatzhiebe zur Haushaltssanierung gibt, von denen wir als Naturschützer begrifflicherweise wenig begeistert sind. Durch die ungleiche Verteilung der Einschlüge aus ökonomischen Gründen stehen viele Bestände v. a. in Hanglagen über Jahrzehnte dicht, während in flachen, gut zu bewirtschaftenden maschinenbefahrbaren Lagen sehr stark eingegriffen wird. So ergeben sich übernutzte Bereiche und eine Bewirtschaftung nach vorwiegend wirtschaftlichen Kriterien, welche örtlich eigentlich nicht nachhaltig sein kann. In Zeiten knapper Haushalte sehen wir die konkrete Gefahr, dass die Vorbildfunktion und wichtige Errungenschaften wieder in Frage gestellt werden, da der Druck auf die Fläche und die Holzproduktion immer größer werden.

Großkahlschläge im Privatwald werden von uns sehr kritisch begleitet, hier pochen wir auf die Einhaltung der gesetzlichen Normen. Es kann nicht sein, dass sich einzelne Waldbesitzer ungestraft darüber hinwegsetzen können!

Das Bessere ist der Feind des Guten. Wir wären nicht der BUND, wenn wir nicht am Besseren arbeiten würden und forstliche Visionen hätten.

Wir sehen einige gemeinsame Ansatzpunkte mit Landesforsten, so bei der Integration der Bewirtschaftungspläne für NATURA 2000 im Wald in die Forsteinrichtung und bei der Weißtanne, der etwa im neuen Nadelholzprogramm von Landesforsten eine hohe Priorität eingeräumt wird.

Der BUND ist der Auffassung, dass wir beides brauchen – die nachhaltige Nutzung und den Schutz der Wälder. Gerade weil sich ökologischer und ökonomischer Wert eines Baumes und Erntezeitpunktes einander widersprechen können.

Wir Förster, Natur- und Umweltschützer müssen zuallererst gemeinsam dafür kämpfen, dass der maßlose Holz- und Papierverbrauch drastisch reduziert und Holz verantwortungsbewusst und intelligent genutzt wird.

Nach §25 LWG RLP (1) soll der Staatswald dem Gemeinwohl in besonderem Maße dienen. Gemeinwohlaspekte wie etwa der Schutz der Biodiversität müssen nicht nur stärker Einklang finden, sondern auch direkt gemessen werden können (Kontrollstichprobe, gezielte Artenerhebungen).

Wir vermissen immer noch eine Strukturvielfalt des Waldes, der naturnahe Waldbau ist unseres Erachtens noch nicht flächendeckend umgesetzt. Wir vermissen trotz BAT-Konzept und FSC-Zertifizierung des Staatswaldes in Rheinland-Pfalz Alt- und Totholz – vor allem stehendes Totholz. Wir wollen eine abgestuft differenzierte Nutzung mit Berücksichtigung der Schutzziele insbesondere für die europäischen NATURA 2000-Schutzgebiete im Wald.

Und nicht zuletzt: Wir sehen in der Bevölkerung eine zunehmende Sensibilität für die Art der Waldbewirtschaftung, welche mit der Nutzungsintensivierung zusammenhängt: der Staats- und Kommunalwald ist neben der Wichtigkeit für den Tourismus eben auch Bürgerwald!

Der BUND wünscht sich angesichts der Zunftsaufgaben im Wald einen fruchtbaren und ehrlichen Diskurs und hofft weiterhin auf eine offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Wir sehen auch: wenn es uns gelingt, dass Förster und Naturschützer mehr Energie in ein vertrauensvolleres Miteinander fließen lassen, könnte für Wald und Natur in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung noch weit mehr erreicht werden. Es ist manchmal kaum begreifbar, dass Kleinigkeiten und Differenzen im Tagesgeschäft zu Sprachlosigkeit führen können, umso mehr vor dem Hintergrund, dass gerade der Wald die naturnaheste Nutzungsform bei uns ist. Wir möchten deshalb mit dieser Tagung auch das Miteinander kultivieren und vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen das Gemeinsame und große Ganze betonen. Ein Symbol der Gemeinsamkeit könnte die Weißtanne sein, für deren weitere Verbreitung sich beide Seiten erwärmen. Hier könnten wir noch mehr zusammenarbeiten.

Ein positives Miteinander ist vor den zukünftigen Aufgaben notwendiger denn je!

Dank

Unser Dank gilt allen Referenten, die oft sehr weit angereist sind. Ihnen und ihrem Engagement und der guten Zusammenarbeit haben wir es zu verdanken, dass es gelungen ist, ein Programm zusammenzustellen, das sich bundesweit sehen lassen kann.

Namentlich nennen möchten wir Dr. Georg Meister, der sich trotz seines fortgeschrittenen Alters auf den Weg in die Pfalz gemacht hatte und uns an seinem umfangreichen Wissen teilhaben lies.

Ein ganz besonderer Dank gilt den Mitgliedern des BUND-Landesarbeitskreises Wald, v. a. dem Sprecher Armin Osterheld sowie dem Orga-Team mit Karl Müller, Karin Haas und Dieter Kurzmeier für die Ideen und Realisierung der Veranstaltung. Der BUND Kreisgruppe Südpfalz mit Jenni Follmann ebenfalls ein herzliches Dankschön für die Unterstützung bei der Tagungsdurchführung.

Karl Müller als ein „Vater“ des BUND-Waldprogramms gilt unser besonderer Dank für seinen unermüdlichen Einsatz für mehr Naturschutz im Wald.

Besonders freut uns, dass die Exkursion dieser BUND-Tagung zusammen mit der Forstverwaltung stattgefunden hat und zusammen organisiert wurde. Daher ein großes Dankeschön an das Forstamt Annweiler mit Forstamtsleiter Herr Asam und seinem Team für die Begleitung der sehr interessanten Exkursion! Bei dieser Exkursion konnten in einem offenen und vertrauensvollen Austausch gemeinsamer Ziele besprochen werden.

Der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz danken wir für die finanzielle Unterstützung der Veranstaltung.

Wir bedanken uns weiterhin bei allen Teilnehmern für die vorbehaltlose Offenheit und die Diskussionsbeiträge.

Hintergründe

Armin Osterheld

Sprecher Arbeitskreis Wald des BUND Rheinland-Pfalz

In der UN-Dekade für Biologische Vielfalt (2011 – 2020) prägen die Wälder den öffentlichen Diskurs bezüglich des Naturschutzes, auch in Deutschland, ganz besonders. Grund hierfür ist die Tatsache, dass in Mitteleuropa die höchstentwickelte, nicht vom Menschen beeinflusste Pflanzengesellschaft (Klimaxvegetation) auf nahezu allen Standorten eine Schlusswaldgesellschaft mit einem hohen Anteil von Buche ist. Deshalb ist der Wald, und hier vor allem der Buchenwald, dasjenige Objekt, welches aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet, Anlass zum Streit gibt. Der Anspruch des Naturschutzes an den Wald trifft dort zunächst auf die Interessen des Waldbesitzers mit Forstwirtschaft, Tourismus und sonstigen Ideen der „Wald-in-Wertsetzung“.

Es hat sich teilweise ein Lagerdenken manifestiert, in dem man mehr übereinander als miteinander redet und man versucht, öffentlichkeitswirksam Themen, Positionen und Glaubwürdigkeit zu ergattern.

Dabei geht es um Biodiversität, um nachhaltige Nutzung, um Bewirtschaftungskonzepte, um Waldbesitzarten, um Erschließung, um Wasserentnahme oder Wiedervernässung, um Naturschutz auf ganzer Fläche oder die Käseglocke, also um Integration versus Segregation, letztendlich im weitesten Sinne um den richtigen Weg zur nachhaltigen Sicherung aller für Mensch und Natur unverzichtbaren Funktionen des Waldes.

Dabei dürfte es mit Naturschutz und Forstwirtschaft unter den gesellschaftlichen Akteuren auch und gerade in Deutschland nicht noch einmal zwei geben, deren Blickwinkel und Verständnis um die Dinge so nahe beisammen liegen.

Für den BUND ergab sich hieraus die Notwendigkeit den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen, indem eine bundesweit angelegte Waldtagung ins Auge gefasst wurde. Das Ziel war, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussionen um den Naturschutz im Wald zu leisten.

Warum Rheinland-Pfalz?

Aus dem Blickwinkel des Bundesarbeitskreises-Wald des BUND, steht das Land Rheinland-Pfalz (RLP) bundesweit betrachtet in der Umsetzung von Forderungen des Naturschutzes durch die staatlichen Forstbehörden vergleichsweise gut da.¹

1986, vor nunmehr **30 Jahren**, legte der BUND RLP sein **Waldprogramm** vor. 1991, vor **25 Jahren**, fanden die Forderungen des Naturschutzes über das Primat der Politik Einzug in das neue forstpolitische Konzept der sozial-liberalen Koalition in RLP. Zielstärkerlass und Kahlschlagsverbot traf von Beginn an auf breite fachliche wie gesellschaftliche Zustimmung und Anerkennung. Politik (auch die Opposition), Fach- und Berufsverbände, Gewerkschaften und Naturschutz lobten ihre Einführung. Einzig einige Förster, vor allem die älteren Semester, verweigerten sich der Erkenntnis, dass dieses Konzept nicht nur ökologische Vorteile hatte, sondern vor allem auch ökonomische Vorteile für den Waldbesitzer generierten.

¹ Umsetzung vieler Forderungen aus dem BUND Waldprogramm von 1986; Vereinbarung über Auwaldschutz v. Mai 2015; Waldgesetz: Kahlschlagsverbot über 0,5 ha; FSC-Zertifizierung von Landesforsten

Ausgangslage vor 30 Jahren

Die Altersklassenwirtschaft mit v. a. Kahlschlägen als Regelverjüngungsverfahren hatte unabhängig von den ökologischen Katastrophen, wie Entzug der Lebensräume, Erosion, Stickstoffmobilisierung als Ammoniak- und Nitrataustrag, Abkehr von der genetischen Kontinuität, Folgen für Biodiversität und Bodenschutz, zusätzlich **eine katastrophale ökonomische Entwicklung** für die v. a. öffentlichen Waldbesitzer **verursacht**.

Erklärung:

Geringe Lohn- und Energiekosten, hohe Holzpreise und der allgemeine gesellschaftliche Trend zur Mechanisierung hatte bei den Förstern nach dem Krieg das Bewusstsein für sparsames Wirtschaften im Einklang mit den natürlich ablaufenden Prozessen in den Hintergrund treten lassen. Die Einengung des Nachhaltigkeitsbegriffs auf Waldfläche und Holzmenge und eine falsche Interpretation der Bodenreinertragslehre taten ein Übriges.

Ein Baumartenwechsel war verführerisch einfach geworden. In relativ kurzer Zeit veränderten sich die Baumartenanteile zu Lasten des Laubholzes von zunächst auf Kiefer, später auf Fichte und Douglasie. Einer schnellen Umgestaltung der Wälder standen keine langen Verjüngungszeiträume und „falsche“ Baumarten im Wege. Man benötigte hierfür kein waldbauliches Fingerspitzengefühl, keine differenzierte kleinstandörtliche Berücksichtigung. Die Abläufe waren technisiert, übersichtlich, vom Schreibtisch aus steuerbar. Verjüngungsfortschritte konnten ohne lästiges Warten auf natürliche Prozesse, wie Bodengare und Masten, geplant und realisiert werden. Autochthone Buchenwälder v. a. in Westerwald, Hunsrück und Eifel verschwanden zugunsten von Monokulturen i. d. R. aus Fichte. Im Pfälzerwald verschwanden die gut wasserversorgten Standorte im Unterhang sowie entlang der Bäche ebenfalls unter der Fichte und viele Bereiche der „Pfälzer Mischung“² unter der Douglasie. Nicht unerwähnt bleiben darf hierbei aber die Bemühungen um die Nachzucht der Eiche v. a. im Pfälzerwald, deren Anteil deshalb erhalten bleiben konnte.

Die Arbeitsweise spiegelte sich auch in der Terminologie wider: Endnutzung und Kulturerfolg bestimmten das forstliche Geschehen. Oft gammelten die Baum- und Althölzer ungepflegt, auch unter Verlust von Qualitäten, auf den Kahlschlag zu. Hier hatten Totholzbewohner zwar Möglichkeiten – doch das stehende, starke Totholz war dort ebenfalls nicht vorhanden, so wie auch auf dem Kahlschlag i. d. R. keines stehenblieb. Echte Herausforderungen, wie die Verjüngung der Tanne, mit der man den Nadelholzanteil ebenfalls hätte steigern können, wurden nur ausnahmsweise angegangen. Hier kapitulierte man vor der Jägerlobby oder dem eigenen jagdlichen Unvermögen. Zeitweise wurden sogar Kiefernkulturen gezäunt.

Blind für Veränderungen:

- ⇒ galoppierende Lohnentwicklung und dadurch ausufernde Kosten von Flächenräumung, Kulturbegründung, -pflege und -schutz, Jungbestandspflege sowie Erstdurchforstung
- ⇒ stagnierender Holzpreis infolge billiger Holzimporte
- ⇒ 40-jähriger Einnahmeausfall auf 25 – 30% der Produktionsfläche

Trotz dieser veränderten Rahmenbedingungen und verheerenden ökonomischen Folgen wurde das erst nach dem Krieg breit implementierte Konzept des Kahlschlags als Regelverjüngungsmethode immer weiter verfolgt.

² Kiefer, Eiche und Buche.

Die Folgen

Ein unbewusster, aber selbstverschuldeter Niedergang der Ertragssituation fast aller öffentlicher Wälder in die roten Zahlen bis Mitte der 70`er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Das vermeintliche Heil wurde in weiterer Mechanisierung und dem Einsatz von Bioziden oder in der Erschließung von Kies- und Sandabbau oder anderem gesehen.

- Terminus technicus „Schwachholzproblem“: Das in 30 Jahren auf inzwischen einem Drittel der Produktionsfläche herangewachsene Schwachholz konnte von der vorhandenen dezentralen Sägewerksinfrastruktur (Gatter- und Blockbandsägen) nicht weiterverarbeitet werden. Die massenhaft anfallenden Schwachhölzer mit Durchmesser von unter 20 cm brauchten eine komplett neue Sägeinfrastruktur. Die Folge war der bundesweite Aufbau einer vollkommen neuen vollautomatisierten Generation von zentralen Sägewerken, welche in der Lage waren, aus dem Schwachholz mittels Bindertechnologie jede Form von Balken oder Träger herzustellen.
- Hieraus wiederum ergab sich die Folge, dass die in langen Zeiträumen gewachsenen, dicken, bisher ökonomisch wie ökologisch wertvollen Althölzer am Markt nicht mehr gefragt waren. Der ökonomische Anreiz für lange Umtriebszeiten war weggefallen (Forsteinrichtung sprach von Altholzüberhang!).
- Zum Schluss brach bundesweit die gesamte dezentrale Sägeinfrastruktur zusammen, da sie mit der neuen Technik nicht konkurrieren konnte. Übrig blieben europa- und weltweit agierende Großkonzerne, die die Märkte dominieren.

Fazit

Der Kahlschlag als Regelverjüngungsmethode war der ökologische wie ökonomische Sündenfall der Forstwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, deshalb: Manche Dinge sind zu wichtig, um sie alleine den „Fachleuten“ zu überlassen. Diese Fachleute waren zu tief in die Abläufe verstrickt, um Ursache und Wirkung noch korrekt analysieren zu können. Hier bedurfte es des Abstandes einer interdisziplinären Arbeitsgruppe aus Biologen und Förstern, um das Problem sichtbar zu machen und den Grund dafür offenzulegen.

Es wurde und wird immer klarer, dass natürlichen Prozesse noch stärker als heute genutzt werden können, um heimisches Holz in einen höheren Wert zu überführen. Dies führt zu stabileren Wäldern bzgl. Schädlingen und dem Klimawandel, so dass in dieser Richtung weitergearbeitet werden sollte, z.B. gerade mit der Tanne.

Angesichts der Aufgaben der Zukunft (Ökonomische Zwänge, Ressourceneinsparungen, Artensterben, Klimawandel...) können und sollten sich Förster und Naturschützer gemeinsam bei Politik und Gesellschaft für eine nachhaltige Waldwirtschaft einsetzen.